

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes Christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 11.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratentnahme nur gegen Vorausbezahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Cöln.

Cöln, den 13. März 1914.

Inserationspreis für die viersp. Petitzeile 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Jahrestellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Denloerwall 9. Telefonruf B. 1546. — Redaktionschluss ist Montag Mittag.

15. Jahrg.

Die Tarifverträge im Deutschen Reich.

Trotz aller Anfeindungen der Schaufmacher macht der Tarifvertragsgedanke in Deutschland von Jahr zu Jahr Fortschritte. Schon allein die Tatsache, daß das Kaiserlich Statistische Amt in einem 272 Seiten starken statistischen Bericht den Stand der Tarifverträge am Jahreschlusse 1912 schildert, ist ein starker Beweis für die wachsende Bedeutung der Tarifverträge im deutschen Wirtschaftsleben.

Zum ersten Male erhebt die Uebersicht des Kaiserlich Statistischen Amtes über die Tarifverträge Ende 1912 Anspruch auf Vollständigkeit. Während früher von den bestehenden Tarifverträgen nur ihre Anzahl und die von ihnen erfaßten Betriebe und Personen ohne Berücksichtigung von Mehrzahlungen, also ungenau, angegeben wurden, gibt die Statistik für 1912 ein vollständiges und umfassendes Bild der tariflich geregelten Arbeitsbedingungen. Das Bild ist umso erfreulicher, als es zeigt, daß der Weg einer friedlichen Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter über die Fragen des Arbeitsverhältnisses in steigendem Maße beschritten wurde. In den sechs Jahren seit Ende 1907 hat sich die Zahl der Tarifverträge und der von ihnen erfaßten Arbeiter mehr als verdoppelt. Daß diese Entwicklung des Tarifvertragswesens in jene Zeit fällt, wo das Wirtschaftsleben Deutschlands einen nie gekannten Aufschwung nahm, widerlegt wohl am besten den viel gehörten Einwand, die Tarifverträge hinderten das Gewerbe an seiner notwendigen freien Entfaltung.

Freilich ist die Entwicklung des Tarifwesens nicht in allen Gewerben gleichmäßig vor sich gegangen. Seine Entwicklung wird stark beeinflusst von der Qualifikation der Arbeiter, der Stärke der Organisation, von der Kapitalkraft und den sozialen Anschauungen der Arbeitgeber. Nachstehende Tabelle veranschaulicht den Stand des Tarifvertragswesens in den verschiedenen Gewerben Ende 1912:

Gewerbegruppe	Tarifverträge	Betriebe	Personen	Arbeiter in der Gewerbetätigkeit 1907	Arbeitslos gewordene Arbeiter u. G.
Landwirtschaft	90	532	4248	81105	5,2
Bergbau	3	3	77	817504	0,0
Steine und Erden	610	4000	59528	694546	8,6
Metallverarbeitung	1291	17678	199156	1641835	12,1
Chemische Industrie	61	66	5814	134138	4,3
Forst- u. Nebenprodukte	54	60	4295	71014	6,0
Textilindustrie	206	577	15895	857855	1,9
Papierindustrie	166	2492	41039	193065	21,3
Leberindustrie	245	4842	32057	141695	22,6
Holzindustrie	1264	18912	155109	526478	29,5
Nahrungs- u. Genussm.	2167	11754	120284	766229	15,7
Bekleidungsindustrie	719	19916	139767	538965	26,2
Reinigungsgewerbe	104	2378	5364	114876	4,8
Baugewerbe	2466	56990	596273	1273150	46,8
Poligraphische Gewerbe	80	9728	85319	167796	50,8
Handelsgewerbe	637	2728	39073	1004505	3,9
Verkehrsgewerbe	336	5228	59595	274190	21,7
Gast- u. Schankwirtschaft	213	1596	6174	294611	3,1
Musik, Theater u.	12	44	303	20053	1,5
Sonstiges	10	436	4730	—	—
Summa	10739	159930	1574285	9008815	100

* In dieser Zahl ist das Verwaltungs- und Kontorpersonal mit enthalten.

Die meisten Personen unterliegen also den Tarifverträgen im Bergbau, in der Metallverarbeitung, im Holzgewerbe, dem Bekleidungsindustrie, der Nahrungs- und Genussmittelindustrie und den poligraphischen Berufen. Vergleicht man aber die Zahl der unter Tarifverträgen arbeitenden Personen, mit den im Gewerbe überhaupt beschäftigten Arbeitern, so ergibt sich, daß die poligraphischen Gewerbe mit über 50 Prozent Tarifarbeitern die erste Stelle einnehmen. Diesen folgt das Baugewerbe mit 46,8 Prozent. An dritter Stelle steht das Holzgewerbe mit 29,5 Prozent. Die Metallverarbeitung tritt mit 12,1 Prozent in den Hintergrund. Die Bedeutung der Kapitalkraft der Unternehmer im Verein mit ihrer unsozialen Gesinnung und die gewerkschaftliche Ohnmacht der Arbeiter in den Riesenbetrieben der Hüttenindustrie läßt sich daraus ersehen. Noch schlimmer steht's im Bergbau aus, wo von Tarifverträgen gar keine Rede ist. Die drei in der Gruppe Bergbau vermerkten Verträge betreffen drei kleinere Kohlförderer.

Es ließen sich in den Großbetrieben Tarifverträge ohne Zweifel leichter einführen, wenn die hier tätige Arbeiterschaft den Wert der gewerkschaftlichen Organisation besser erfaßte. Den Beweis für die Möglichkeit der stärkeren Durchführung in der Großindustrie bietet England, wo für 900 000 Personen im Bergbau, 230 000 Personen in der Metallver-

beitung, 460 000 Personen in der Textilindustrie und 500 000 Personen im Verkehrsgewerbe Tarifverträge bestehen. Bei bedeutend geringerer Arbeiterzahl bestanden in England Ende 1910 Tarifverträge, die für 2 400 000 Personen Gültigkeit hatten. Nach vorstehender Tabelle unterstehen den Tarifverträgen Deutschlands nur 1 574 285 Arbeiter. Für 1027 Großbetriebe (über 100 Arbeiter) sind in Deutschland 471 Tarifverträge abgeschlossen, die Gültigkeit für 211 446 Arbeiter haben. Allein im englischen Bergbau, der doch in seiner Gesamtheit als Großbetriebs-Gewerbe gelten kann, wird die deutsche Tarifziffer der Großbetriebe hinsichtlich der Personenzahl um mehr als das vierfache überholt. Im Holzgewerbe bestehen für 67 Betriebe, die über 100 Arbeiter beschäftigen, Tarifverträge, mit Geltung für 12 704 Personen. Nicht einbezogen in diese Zahlen sind jene tarifierten Großbetriebe des Waggonbaues, der Musikinstrumentenbranche der Uhren- und Thermometerfabriken die die Statistik in die Gruppe „Industrie der Maschinen und Apparate“ einreißt.

Die Zukunft des Tarifvertragswesens wird in erheblichem Maße abhängig sein von der weiteren Erfassung der Großbetriebe. Es kann deshalb nichts wichtigeres seitens der gewerkschaftlichen Organisation geschehen, als die Arbeitermassen der Großbetriebe für die Gewerkschaftsbewegung zu gewinnen. Ohne Gewerkschaft keine Tarifverträge, ohne Tarifverträge keine Gleichberechtigung der Arbeiter bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse!

Das neutrale Mäntelchen.

Die sozialdemokratische „Volksfürsorge“ ist mit einer Klage gegen die „Deutsche Volksversicherung A. G.“ am Landgericht II Berlin abgewiesen worden. Gegenstand der Klage bildeten zwei von der Deutschen Volksversicherung A. G. herausgegebenen Birkulare. In diesen war der Satz enthalten: „Bekanntlich hat sich die Sozialdemokratie eine Volksversicherung geschaffen, und die Gelder der Versicherten werden letzten Endes dazu verwendet, der Umsturzpartei einen stärkeren Kriegsschatz für den Kampf gegen den Gegenwartstaat anzusammeln.“ Die Klage ging dahin, die Weiterverbreitung dieser Behauptung unter Strafe zu stellen. Es wehrte sich also die „Volksfürsorge“ gegen die Identifizierung mit Bestrebungen zum Nutzen der Sozialdemokratie. Die Abweisung der Klage ist deshalb außerordentlich bemerkenswert. Das Gebahren der „Volksfürsorge“ bei dieser Klage ist gleichbedeutend mit dem vielfachen Versuchen sozialdemokratischer Organisationen, sich als „neutral“ erscheinen zu lassen. Es dürfte daher angebracht erscheinen, die „Volksfürsorge“ in ihrem Zusammenhange mit der Sozialdemokratie und ihren Nutzen für diese zu schildern.

Zunächst die Gründung der Volksfürsorge. Im Jahre 1912 wurde dieselbe vom Zentralverband der deutschen Konsumgenossenschaften und von den „freien“ Gewerkschaften ins Leben gerufen. Beide Organisationen brachten das Aktienkapital zusammen. In den Vorstand und in den Aufsichtsrat wurden bekannte sozialdemokratische Führer gewählt. Genannt seien die bekanntesten: von Elm und Pöplow-Hamburg, Bauer, Leipart, Ebert-Berlin, Schilde-Stuttgart, Fräßdorf-Dresden. Schon vor der Gründung der Aktiengesellschaft sagte von Elm auf einer Konsumvereinsversammlung über die Volksfürsorge: „Genossenschaften und Gewerkschaften wollen mit der Errichtung der „Volksfürsorge“ nicht nur die Volksversicherung verbessern und verbilligen, sondern auch ihrer eigenen Bewegung neue Stützpunkte schaffen.“ Nehmen wir diese Äußerung des Sozialdemokraten von Elm wörtlich, so sollen also den Genossenschaften und den Gewerkschaften neue Stützpunkte geschaffen werden. Ueber die Genossenschaften aber berichtete die sozialdemokratische Holzarbeiter-Zeitung anlässlich des Kopenhagener Sozialisten-Kongresses: „Unter allen auf dem Kongress anwesenden Genossenschaftlern herrschte darüber nur eine Meinung, daß man die Konsumgenossenschaften in den Dienst der proletarischen Emanzipationsbestrebungen stellen und „sie mit dem Geiste des Sozialismus erfüllen müsse.“ „Freie“ Gewerkschaften aber und Sozialdemokratie sind schon längst eins. Kann da ein Zweifel bestehen, daß durch die Volksfürsorge der Sozialdemokratie neue Stützpunkte geschaffen werden?

Der große Nutzen für die Sozialdemokratie ist denn auch gleich vom ersten Augenblick an von der sozialdemokratischen Presse ausreichend erkannt worden. Wie hat sich diese nicht für ihre „Volksfürsorge“ ins Zeug gelegt. Da las man vom „Kampf gegen unsere Volksfürsorge“, „ein Schlag gegen unsere Volksversicherung“, „der Bloß des Bürgerturns aller politischen Richtungen gegen die Selbsthilfe der Arbeiter“, „die Reaktionen aller Richtungen werden zwar gegen die Volksfürsorge energig Sturm laufen“, „aber auf-

zuhalten ist die Zusammenfassung der finanziellen Kräfte der organisierten Arbeiterschaft auf dem Gebiete der Volksversicherung nicht mehr.“ Sind das nicht dieselben Sprüche, wie man sie auch bei anderen Anlässen in der sozialb. Presse gewohnt ist?

Rein Wunder also, daß der sozialdemokratischen Volksfürsorge eine nationale Volksversicherung entgegengestellt wurde. Die kraftvoll emporblühende „Deutsche Volksversicherung A. G.“, mit der auch die christliche Gewerkschaftsbewegung bekanntlich im Vertragsverhältnisse steht, ist das Resultat dieser Bestrebungen.

Es ist recht zweckmäßig, in diesem Zusammenhange die Tätigkeit der Sozialdemokraten in „neutralen“ Organisationen anderer Art kurz zu kennzeichnen. Am nächsten liegen uns die „freien“ Gewerkschaften. Hat man nicht hier immer wieder seitens der Sozialdemokraten die „Neutralität“ dieser behauptet? Und doch hat sich in überzeugendster Weise die Tatsache feststellen lassen, daß „freie“ Gewerkschaften und Sozialdemokratie eins sind. Eins in ihrem Wesen, eins im Ziel, nur der Organisationsform nach anders, verschieden in der Anwendung der Mittel. Wie die „freien“ Gewerkschaften sich für die Sozialdemokratie betätigen, muß in unseren Kreisen genügend bekannt sein und bedarf hier keiner Erörterung. Nicht minder intensiv ist die sozialdemokratische Propaganda in den sogenannten „Arbeiter“-Sportvereinen, Gesang-, Turn- und Radfahrervereinen. Ja, dieselben wurden zum Zwecke der sozialistischen Agitation, zur Förderung des sozialdemokratischen Klassenkampfes gegründet. Für die reine Pflege des Sports bedurfte es wohl kaum besonderer „Arbeiter“-Vereine. Die Absonderung der „Proletarier“ von den übrigen Bevölkerungsschichten geschah nur im Interesse der sozialistischen Bestrebungen. Ja, gibt es nicht genug andere Vereine, wie Schachklubs, Stenographen- und Abstinenzvereine, Bunde der Naturfreunde, und wie sie alle heißen mögen, die aus Furcht vor „bürgerlicher Ansteckungsgefahr“ gegründet wurden? Alle und jegliche Bestrebungen werden eben auf die Agitation und Propaganda für die Sozialdemokratie eingestellt. Erwinnern wir endlich noch an die Tätigkeit der Sozialdemokraten in den Krankenkassen, so haben wir Beweise genug dafür, daß und wie die Sozialdemokraten überall, wo sich für sie nur irgendwie Gelegenheit bot, bestrebt waren, für „ihre Bewegung neue Stützpunkte zu schaffen“.

Da ist gewiß die Meinung berechtigt, daß auch mit und durch die Volksfürsorge, soweit irgend möglich, der Sozialdemokratie Vorlauf geleistet werden wird. Organisation und Leitung derselben bieten ausreichende Gewähr dafür. In welchem Umfange dies möglich ist, kann freilich erst die praktische Betätigung der roten Volksfürsorge ergeben. Nur einzelne Gesichtspunkte können vorab in Erwägung gezogen werden. Eine Lebensversicherung bedingt die Ansammlung größerer Kapitalien, bis zur Verzinsung wieder in Umlauf gesetzt werden müssen. Wie viele Existenzen können da nicht in Abhängigkeit gebracht werden von der Sozialdemokratie? Hier sei erinnert an einen merkwürdigen Vorgang der letzten Zeit. Die Deutsche Bank verging sich gegen das Koalitionsrecht ihrer Angestellten. Die „freien“ Gewerkschaften, welche bei der Deutschen Bank Gelder deponiert hatten, verlangten Respektierung der Koalition der Angestellten. Die Bank ging nicht darauf ein. Alsdann Entziehung der Gelder durch die Gewerkschaften. An diesem Beispiel erfährt man, daß die sozialdemokratischen Organisationen bereit sind, zur Durchsetzung ihres Willens jegliches Mittel anzuwenden. Die Ursache in diesem Falle ist hier weniger von Belang. Es muß festgehalten werden die Art und Weise, wie man sich Geltung zu verschaffen sucht. Was wird da alles möglich sein mit den Kapitalien einer weitverbreiteten Versicherungsgesellschaft? Wenn auch das Aufsichtsrat für Versicherung schließlich seine schützende Hand über die Gelder halten wird, so wird sich doch manches machen lassen. Man denke nur an die Vergütung von Arbeiten, die bei den Versicherungen in großem Umfange notwendigen Druckaufträge usw. Bei den übrigen sozialdemokratischen Organisationen konnte man nach der Richtung äußerst lehrreiche Erfahrungen machen. Nur „proletarische“ oder den „proletarischen“ (d. h. in diesem Falle den sozialdemokratischen) Bestrebungen willfährige Unternehmer finden Berücksichtigung.

Eine Lebensversicherung bedarf je nach Größe eines Heeres von Angestellten und Agenten. Selbstverständlich werden bei der „Volksfürsorge“ nur auf Herz und Nieren geprüfte „Genossen“ Verwendung finden. Siehe die Praxis in Gewerkschaften und Krankenkassen. Damit aber wird ein Heer von Agitatoren in den Dienst der „roten“ Bewegung gestellt. Der prinzipielle Widerspruch, der in einer solchen Agitation für die „Volksfürsorge“ liegt, kann ja „übersehen“ werden. Wozu denn noch lange eine Lebensversicherung eingehen, wo doch der Zukunftstaat vor der Tür steht? Wozu denn diese „weiße Salbe“, wo doch das ganze System, die ganze Gesellschaft nicht taugt! Oder soll doch etwas Konsequenz in Rechnung gestellt werden müssen? Soll doch die „Volksfürsorge“ notwendig sein? Dann kann sie vom Stand-

punkte des konsequenten Sozialdemokraten nur den Einnahmen und Zweck haben, als Mittel zur Erreichung des Endzieles zu dienen.

Alles in allem genommen, die „Volkssicherung“ ist eine sozialdemokratische Gründung, geeignet, der Sozialdemokratie hervorragend zu dienen. Und damit ist die Stellung für die christlich-nationale Arbeiterchaft zu derselben gegeben. Man wird den Agitatoren der „Volkssicherung“ demgemäß zu begegnen haben und in die weitesten Kreise für Aufklärung Sorge tragen müssen. Wir dürfen uns nicht nur passiv verhalten, sondern müssen aktiv an der Verbreitung unserer nationalen Volksversicherung, der Volksversicherung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, mitarbeiten.

Die Wahlen zu den Versicherungsämtern.

In nächster Zeit werden die Wahlen zu den Versicherungsämtern stattfinden. Es empfiehlt sich, aus diesem Anlaß das Wesen und die Zusammenfassung der Versicherungsämter zu schildern. Die Versicherungsämter waren ursprünglich in der Regierungsvorlage der Reichsversicherungsordnung als selbständige Ämter, mit einem unabhängigen Amtmann an der Spitze, gedacht. So fanden sie jedoch im Reichstage keine Mehrheit, da man sowohl ein „Auswachsen dieser Ämter“ wie auch eine zu große finanzielle Mehrbelastung befürchtete. An Stelle selbständiger Ämter ist nun in der Regel den unteren Verwaltungsbehörden eine Abteilung für Arbeiterversicherung, die man als Versicherungsamt bezeichnet, angegliedert. In Preußen z. B. ist die Angliederung der Versicherungsämter, abgesehen von den größeren, insbesondere kreisfreien Städten an die Landratsämter, als untere gemeindliche Verwaltungsbehörde, vollzogen. Die oberste Verwaltungsbehörde (das Ministerium) kann ein Versicherungsamt für den Bezirk mehrerer unteren Verwaltungsbehörden bei einer dieser Behörden errichten. Der Stellung und den Aufgaben des Versicherungsamtes entsprechend kann nicht jede Gemeindebehörde ein Versicherungsamt sein, sondern, wie schon angedeutet, in der Regel nur eine Behörde mit größerem Bezirk, wie z. B. der Kreis, das Bezirksamt, die Amtshauptmannschaft u. a. m.

Als Vorsitzender wird der Leiter der unteren Verwaltungsbehörde bestimmt; es kommen hierfür in Betracht u. a. der Landrat, Bezirksamtmann, Oberamtmann, Amtshauptmann und die Bürgermeister der Städte, die sich alle natürlich für dieses Tätigkeitsgebiet einen Stellvertreter bestellen. Bis her sind die Arbeiten der Versicherungsämter von den Beamten bei den sog. „Unteren Verwaltungsbehörden“ erledigt worden. Der Reichskanzler hat durch Verfügung vom 12. Juli 1913 die Amtsdauer dieser Beamten bis zum 31. Dezember 1914 verlängert. Jedoch sollen die Versicherungsämter zu den neuen Versicherungsämtern laut Beschluß des preussischen Ministeriums für Handel und Gewerbe vom 22. Juli 1913 im ersten Halbjahr 1914 so zeitig gewählt werden, daß sie am 1. Juli 1914 ihr Amt übernehmen können. In den vom Gesetz näher bestimmten Fällen sind vom Vorsitzenden als Beisitzer des Versicherungsamtes sowohl Versicherungsvertreter als auch Arbeitgebervertreter und zwar in gleicher Zahl beizuziehen. (§ 40 R. V. O.)

Für jedes Versicherungsamt sind mindestens je 6 Beisitzervertreter und Arbeitgeber zu wählen. Ihre Zahl kann vom Versicherungsamt mit Genehmigung des Oberversicherungsamtes sowie von diesem nach Anhören des Versicherungsamtes erhöht werden. Ein Versicherungsvertreter darf nicht zugleich besoldeter Beamter des Versicherungsamtes oder Beschäftigungsvertreter bei einem anderen Versicherungsamt

oder Beisitzer bei einem Oberversicherungsamt oder nicht-ständiges Mitglied des Reichs- oder eines Landesversicherungsamtes sein (§ 41). Das Amt eines Versicherungsvertreters ist ein Ehrenamt; doch werden Vorauslagen vergütet und der entgangene Arbeitsverdienst ersetzt.

Wie wird und wer wird nun zum Versicherungsamt gewählt? Darüber gibt das Gesetz genaue Auskunft:

Die Versicherungsvertreter werden von den Vorstandsmitgliedern der Krankenkassen gewählt, die im Bezirke des Versicherungsamtes mindestens 50 Mitglieder haben.

An der Wahl nehmen ferner teil die Vorstandsmitglieder 1. der Knappschaftlichen Krankenkassen, 2. der Erschaffenen und 3. der Seemannskassen und anderer obrigkeitlich genehmigter Vereinigungen von Seeleuten zur Wahrung ihrer Rechte, soweit sie im Bezirke des Versicherungsamtes mindestens 50 Mitglieder haben; die Erschaffenen und die außerhalb des Bezirkes des Versicherungsamtes schaffenden Kassen außerdem nur, wenn sie ihre Beteiligung an der Wahl dem Wahlleiter rechtzeitig anmelden und die Zahl ihrer Mitglieder in diesem Bezirke nachweisen. An Stelle der Vertreter der Versicherten im Vorstände wählen:

- a) bei knappschaftlichen Krankenkassen die für den Bezirk zuständigen Knappschaftsältesten,
- b) bei Erschaffenen, die örtliche Verwaltungsstellen haben, die Geschäftsleiter der für den Bezirk des Versicherungsamtes zuständigen örtlichen Verwaltungsstellen (§ 42).

Die Stimmzahl einer Klasse richtet sich nach ihrer Mitgliederzahl im Bezirke des Versicherungsamtes und wird von ihm vor jeder Wahl festgesetzt. Diese Stimmzahl wird auf die Vorstandsmitglieder und die an ihrer Statt nach § 42 Abs. 3 Wahlberechtigten gleichmäßig verteilt (§ 43).

In den Kassenvorständen nehmen die Arbeitgebermitglieder nur an der Wahl der Arbeitgebervertreter, und die Mitglieder aus den Reihen der Versicherten nur an der Wahl der Versichertenvertreter teil.

Vorstände, die keine Arbeitgeber enthalten, nehmen nur an der Wahl der Versichertenvertreter teil.

Bei Kassen der im § 42 Absatz 2 bezeichneten Art, die keine Vertreter der Versicherten im Vorstand haben, wählen die sonst bei ihnen vorhandenen Arbeitgebervertreter.

Was von den Vorständen gilt, gilt dementsprechend von den an ihrer Statt nach § 42 Abs. 3 Wahlberechtigten (§ 44).

Die Wahl geschieht schriftlich und nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Die oberste Verwaltungsbehörde erläßt eine Befehlsanordnung.

Der Vorsitzende des Versicherungsamtes leitet die Wahl. Bei Streit über die Wahl entscheidet das Oberversicherungsamt endgültig (§ 45).

Für die Versicherungsvertreter werden in der gleichen Weise Stellvertreter nach Bedarf bestimmt.

Für Versicherungsvertreter, die vor Ablauf ihrer Wahlzeit auscheiden, rückt die Stellvertreter ein (§ 46).

Wählbar sind nur Männer, die im Bezirke des Versicherungsamtes wohnen oder ihren Betriebstitel haben oder beschäftigt werden, und die nicht nach § 12 ausgeschlossen sind.

§ 12. Wählbar zu den Organen der Versicherungsämter sind nur volljährige Deutsche. Nicht wählbar ist:

- 1. wer infolge strafgerichtlicher Beurteilung die Fähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Ämter verloren hat oder wegen eines Verbrechens oder Vergehens, das den Verlust dieser Fähigkeit zur Folge haben kann, verfolgt wird, falls gegen ihn das Hauptverfahren eröffnet wird;
- 2. wer infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt ist (§ 12).

Wählbar sind nur Versicherte, ihre Arbeitgeber und deren bevollmächtigte Betriebsleiter, Versicherte werden den Arbeitgebern zugerechnet, wenn sie regelmäßig mehr als zwei Versicherungsämter gleichzeitig beschäftigen.

Bei Versicherungsämtern an der Seeflotte können zu Vertretern der Versicherten auch besoldete Schiffszuständige gewählt werden, die nicht Leiber, Reederleiter (Korrespondenzredner, § 492 bis 499 des Handelsgesetzbuches) oder Bevollmächtigte sind (§ 47). Die Versicherungsvertreter sollen mindestens je zur Hälfte an der Unfallversicherung beteiligt sein (§ 48).

Die Versicherungsvertreter sollen mindestens je zu einem Drittel am Orte des Versicherungsamtes selbst oder nicht über zehn Kilometer entfernt wohnen oder beschäftigt sein.

Bei der Wahl sollen die hauptsächlichsten Erwerbszweige, insbesondere die Landwirtschaft und die verschiedenen Teile der Bezirke berücksichtigt werden.

Die oberste Verwaltungsbehörde kann darüber besonderes oder abweichendes bestimmen (§ 49).

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 11. Wochenbeitrag für die Zeit vom 8. bis 14. März fällig ist.

Die Zahlstelle Kronach erhält die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Ortsbeitrages von 10 Pfg. (Gesamtwochenbeitrag 60 Pfg.).

Verlorenes Mitgliedsbuch. Nr. 48352, Georg Knoll. Das Buch ist für ungültig erklärt.

Teilzahlungen an die Hauptkasse: Bis zum 7. März gingen weitere Teilzahlungen aus folgenden Zahlstellen ein: Lohne, Sulba, Reiffe, Goch, Schönlanke, Markt-Redwitz, Biersen, Münster, Essen, Spaichingen, Kevelaer, Rheine, Reichenhall, Göln, Schwerin, Röhling, Rördlingen, Cleve, Reusorg, Gengenbach, Wiesenfeld, Letmalhe, Ahlen, Geilberg, Düsseldorf, Weiden, Dälmen, Elberfeld-Barmen, Weeze, Bremen, Frankenthal, Saffansbach, Düren, Stuttgart, Linbau, Monlabaur, Speyer, Schweiler, Lüdenscheid, Mirsklofen, Burgsteinfurt, Strehlen, Schweidnitz, Wilkau, Augsburg, Wangen, Deynhäusen, Weidenbrück, Bonn, Sauterbach, Oppenheim, Rheim, Groß-Steinheim, Üppingen, Darmstadt, Herford, Traillsdorf, Ingoßlad, Hälstriedt. — Etwa ein Fünftel der Zahlstellen sandten somit Teilzahlungen. Die übrigen Zahlstellen werden um umgehende Uebersendung der fälligen Teilzahlungen gebeten.

Lohnbewegung.

Kündigung des Stellmachertarifs in Düsseldorf. Im Juli des Jahres 1911 wurde zum ersten Male für die Düsseldorfer Wagenbauereien ein Tarifvertrag auf drei Jahre abgeschlossen. Derselbe läuft am 1. Mai dieses Jahres ab. Schon lange haben sich die Kollegen mit dem Gedanken getragen, einen neuen und besseren Vertrag zu schaffen, da der alte nicht mehr den Verhältnissen, wie sie heute liegen, entspricht. Das ist noch um so mehr der Fall, als der gegenwärtige Vertrag gewissermaßen ein Notbehelf war. Die Zeit und auch die Organisationsverhältnisse waren keine besonders günstigen, nun ist besonders in der letzteren Beziehung eine Besserung eingetreten. Allerdings sind noch manche nicht organisierten Kollegen vorhanden, doch diese werden nie zur Organisation zu bewegen sein. Sie spielen auch durchaus keine Rolle. Zumerst muß ihnen stets von neuem ihr verkehrter Standpunkt vor Augen gehalten werden. Angezogen durch die Erfolge anderer Orte, haben nun die Düsseldorfer Kollegen in einer überaus gut besuchten Versammlung aller in Frage kommenden Organisationen beschlossen, den Tarifvertrag zu kündigen. Diese Kündigung wurde einstimmig ausgeprochen. An den Kollegen liegt es, diese Zeit noch gehörig auszunutzen. Die Situation ist heute eine andere als damals. Es besteht nicht nur die Forderung, sondern die Wagenbauunternehmer haben sich auch eine Schutzvereinigung geschaffen, die jedenfalls ein Wort mitreden wird. Auf jeden Fall müssen die Kollegen Wert darauf legen, daß der Neuausschluß des Vertrages nicht mehr mit dem Gesellenausschluß

Zollpolitik und Handelsverträge.

In dem Streit um die Frage der geeigneten Wirtschaftspolitik stehen seit ausschließlich die Zölle im Vordergrund. Manche Leute scheinen gar zu glauben, es handle sich hierbei nur um die Agrarzölle. Diese Auffassungen sind viel zu eng und übersehen ganz, daß unsere äußere Handelspolitik wesentlich aus zwei Teilen, dem Schutzzollsystem und den Handelsverträgen besteht, und daß unsere Wirtschaft- und Handelspolitik ein großer Apparat von zueinandergehimmenen Maßnahmen ist, der das ganze Wirtschaftsleben in all seinen Teilen umfaßt. Dabei ergibt sich zwischen dem Schutzzoll und den Handelsverträgen eine sehr bedeutende Ergänzung hinsichtlich des Zieles und der Wirkungen. Der Schutzzoll verleiht der deutschen Ware auf dem heimischen Absatzmarkt innerhalb unserer Grenzen einen Vorzug, wird innerhalb unserer Grenzen zuerst und zunächst die deutsche Ware geschützt. Das ist der Kern des Schutzzollsystems. In diesem treten die Handelsverträge als Mittel, um den Warenverkehr außerhalb der Grenzen, auf dem Weltmarkt zu erleichtern und zu beschleunigen. Insofern sind Schutzzoll und Handelsverträge zwei Mittel zu ein und demselben Zweck, zur Förderung und Erhaltung des Absatzes der von den deutschen Erwerbszweigen hergestellten Produkte, das eine im Inland das andere im Ausland.

Die Handelsverträge heutiger Form wurden erst als Deutschland sich zu einem Industrieland entwickelte, das mehr fertige Ware herstellt als es selbst verbraucht. Als besonders in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts der deutsche Handel sich mehr auszubreiten begann, sah man, daß das deutsche Wirtschaftsleben mit dem Schutz des Inlandsmarktes allein nicht ausreichte. Die Handelsverträge

hatten zunächst den einen Zweck, mehr Festigkeit und Ueberstabilität in die handelspolitischen Bedingungen der Warenausfuhr zu bringen. Solange jeder europäische und überseeische Staat seine Zölle und Einfuhrbedingungen völlig „autonom“ regelte, ohne Rücksicht auf die Wünsche der andern Handelsvölker, ergaben sich unaufhörliche Schwierigkeiten und Reibereien. Es war überdies ein ständiger Wechsel in den Handelsverhältnissen. Heute änderte der, morgen jener an den Zöllen. Das brachte eine dauernde Unruhe nicht nur in den Handel, sondern naturgemäß auch in die Industrie, die nie klare Absatzbedingungen vor sich sah. Das Handelsvertragsystem brachte da Wandel, indem es die Zölle und sonstigen handelspolitischen Bedingungen zwischen Deutschland und dessen hauptsächlichsten Absatzländern auf längere Zeit hinaus, zumeist auf zwölf Jahre, vertraglich und unänderbar festlegte. Dazu kam dann der weitere Vorteil, daß diejenigen Staaten, mit denen wir auf Grund gegenseitigen Nachbarns Handelsverträge schließen, ihre Zölle zum Teil ermäßigten, jedenfalls sie nicht in dem Maße erhöhten, als sie es sonst beabsichtigten.

Zur Festigung der Absatzverhältnisse kam also hinzu eine große Erleichterung der Absatzbedingungen. Von besonderer Wichtigkeit war dabei, daß wir auf Grund der sogenannten Meißner Abkommen, die allen Handelsverträgen eingefügt wurde, in allen Vertragsstaaten handelspolitisch nicht schlechter gestellt werden konnten als unsere Konkurrenten, vor allem als das vor dem im Weltmarkt übermächtige England. Diese „Meißner Abkommen“ lautet nämlich dahin, daß das besterfüllende mit uns vertraglich bestehende Land keinem andern größeren handelspolitischen Vorteile einzuräumen, seine mehr begünstigen dürfte, als uns. Will es aber doch einem andern Lande noch günstigere Bedingungen gewähren, als es uns bis dahin zugestanden hatte, so treten wir ohne weiteres auch in den Genuß des gleichen Vorteils, weil wir auf Grund des Vertrags

ja das „meißbegünstigte“ Land bleiben müssen. Infolge dessen konnten wir in den Handelsvertragsländern zum mindesten nicht schlechter behandelt werden als die englische Konkurrenz, und das war in der Zeit, in der Deutschlands Handel erst zur Weltbedeutung sich entfalten mußte, von außerordentlichem Wert. Die Handelsverträge haben darum neben dem erfreulichen Wagemut unserer Industrie und des Handels einen sehr großen Anteil an dem gewaltigen Aufschwung unseres Wirtschaftslebens in den letzten zwanzig Jahren. Sie haben damit nicht nur auf den Außenhandel fördernd gewirkt, sondern ebenso auch auf die Stärkung unserer Industrie im Inland. Ohne den großen Auslandsabfah wäre unsere Industrie nicht so groß und könnte sie nicht so viel Arbeitskräften Beschäftigung und Einkommen bieten, könnte sie auch nicht der Landwirtschaft ein so kaufkräftiger Absatzmarkt für ihre Produkte sein.

Aus den Gründen, die bisher die Handelsverträge zu einem notwendigen Instrument unserer Handelspolitik gemacht haben, werden sie auch für die weitere Zukunft von größter Bedeutung sein. Das ist um so mehr der Fall, je schärfer die Konkurrenz der Ausfuhrländer geworden ist. Daß sie infolge der fortschreitenden Industrialisierung der Welt schärfer geworden ist, ist allgemein zugegeben. Nun aber können wir eine möglichst große Industrieausfuhr gar nicht entbehren. Und das nicht nur darum, weil ohne sie die Beschäftigung unserer Industrie nicht so groß wäre wie heute. Sie könnte ohne diese Ausfuhr zu einem sehr großen Teil gar nicht existieren. Müssen wir doch einen erheblichen Teil der Rohstoffe, die wir in Industrie und Landwirtschaft brauchen, vom Ausland beziehen. Das, was wir da notwendig zur Arbeit brauchen, bezahlen wir mit unserer Warenausfuhr. Eine möglichst große Warenausfuhr ist darum auch eine Lebensbedingung unserer ganzen nationalen Wirtschaft. Darum wird auch in Zukunft für unser ganzes Wirtschaftsleben wieder sehr viel von der Schaffung günstiger Handelsverträge abhängen.

ndern mit der Organisation getätigt wird. Nur diese allein
ann als Träger des Vertrages in Frage kommen.

Ein Erfolg der Bootbauer in Cöln-Sürth. Einen
hohen Erfolg haben die Bootbauer der Firma Conrad
in Cöln-Sürth zu verzeichnen. Es konnte durch unseren
Verband für sämtliche Kollegen eine sofortige Lohnerhöhung
von 10% erzielt werden. Möge dieser Erfolg alle Boot-
bauer anspornen, weiter für unseren Verband, der ihnen
Gewähr bietet zu weiteren wirtschaftlichen Erfolgen, zu
werden.

Berichte aus den Zahlstellen.

Stuttgart. Im Jahre 1913 wurden in unserer Zahlstelle
gehalten, 1 Generalversammlung, 15 Mitglieder-
versammlungen und 12 Ausschusssitzungen. Vertrauensmänner-
wahlen fanden am Samstag im Monat statt. In den Mitglieder-
versammlungen wurden 14 Vorträge verschiedener Art gehalten.
Der Versammlungsbetrieb ließ zu wünschen übrig. An Unter-
stützung wurde die Summe von 1045 Mk. ausbezahlt. Das
Vermögen der Lokalkasse konnte wiederum gesteigert werden.
Bei der Wahl der Ortsverwaltung in der letzten Generalver-
sammlung wurde der bisherige Vorstand einstimmig wiederge-
wählt. Lebhaft diskutiert wurde die Frage des Arbeitsnachweises
und dabei festgestellt, daß die jetzige Vermittlung nicht haltbar
ist. Nachgewiesen wurde ferner, daß sich der sozialdemokratische
Holzarbeiterverband nicht an die Abmachungen hält. Der Ge-
winning der Jugend muß erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt
werden. Die geistige Schulung der Mitglieder ist eine der
wichtigsten Aufgaben. Die Gelegenheit der Weiterbildung ist
vor allem in den Mitglieder- und Vorstandssitzungen gegeben. Ver-
täume darum kein Kollege eine Versammlung ohne hinreichenden
Grund.

Kastatt. Trotz der Tatsache, daß viele Mitglieder unserer
Zahlstelle in den Orten der Umgebung wohnen und das Wetter
am 25. Januar dem Versammlungsbetrieb nicht sonderlich günstig
war, hatte unsere Generalversammlung an genanntem Tage einen
sehr guten Besuch aufzuweisen. Wie der vom langjährigen
Kassierer Kollegen Hedl, — dem auch an dieser Stelle für seine
eifrige Arbeit dankbar sei — gegebene Kassenbericht auswies,
betrug im Jahre 1913 716 Mk. Ausgaben, 799 Mk. Einnahmen
gegenüber. Bei der Vorstandswahl wurden gewählt resp. wieder-
gewählt die Kollegen Uhl, 1. Vorsitzender; Denu, 2. Vor-
sitzender; Hedl, Kassierer; Thorm, Schriftführer; Tritsch und
Fischer Revisoren; Schy und Rieger Vertrauensmänner. Als
Kassierer der im vergangenen Jahr gegründeten Zahlstelle unserer
Kantongeld-Zuschussklasse fungiert Kollege Hoyer. Kollege Uhl
hat nach der Wahl der Hoffnung Ausdruck, daß es dem Vorstand
Gemeinschaft mit den Mitgliedern auch im Jahre 1914 mög-
lich sein werde, gute Arbeit zu leisten. Im Jahre 1913 konnte
die Mitgliederzahl von 21 auf 40 erhöht werden. Der anwesende
Bezirkssekretär Kollege Melzl hielt in der Generalversammlung
ein instruktives Referat. Vieles noch zu tun ist in Kastatt in
Bezug auf die Arbeits- und Lohnverhältnisse, sowohl in den
höheren Betrieben wie aber besonders noch in den kleineren Werk-
stätten notwendig. Da müssen wir noch kräftig agitieren und die
unorganisierten Kollegen darauf aufmerksam machen, daß sie sich
selbst wie auch ihre Arbeitskollegen schädigen. Kollegen von
Kastatt! Tatkräftig an die Arbeit: Nicht eher darf gearbeitet werden,
bis der letzte Holzarbeiter in Kastatt für den Zentralverband
christlicher Holzarbeiter gewonnen ist.

Wangen (Allgäu). Unsere Versammlung vom 28. Februar
war recht gut besucht. Das zahlreiche Erscheinen wurde durch
den anregenden und belehrenden Verlauf der Versammlung be-
lohnt. Bezirkssekretär Kollege Melzl-Freiburg hielt uns einen
inhaltsreichen Vortrag über die sozialen Probleme unserer Zeit.
Die 1/2stündige Aussprache nach dem Vortrage zeigte, daß der
Vortrag das größte Interesse bei den Kollegen gefunden hatte.
Am Schluß der Versammlung, gab der Vorsitzende Kollege
Schwidhardt, den Kollegen mit auf den Weg, stets in Treue zu-
sammenzuhalten und alles zu tun, was der weiteren Entwicklung
unserer Organisation förderlich sei. Die Kollegen sollten vor
allem die von der Sozialdemokratie veranstaltete „Note Boche“
zum Anlaß nehmen, nun recht tüchtig für die christlich-nationale
Gewerkschaftsbewegung zu werben.

Offenbach. Bekanntlich versuchen die „freien“ Gewerkschaften,
besonders wenn sie auf Mitgliederfang in christlichen Gegenden
ausgehen, sich gegen den Vorwurf zu wehren, daß sie sozialdemo-
kratisch seien. Das Gegenteil beweist die Ende Januar d. J.
abgehaltene Generalversammlung der Offenbacher Zahlstelle des
christlichen Holzarbeiterverbandes. Diese wählte unter anderem
auch zwei Mitglieder in die Ortsverwaltung, die nicht in der
soz. Partei organisiert waren. Nun besteht aber in der Zahlstelle
eine Bestimmung, daß nur Mitglieder gewählt werden können, die
auch gleichzeitig Mitglieder der soz. Partei sind. Die zwei nicht
anzusprechenden „Genossen“ wurden in der letzten Versammlung
ihrer Ämter und Würden wieder entsetzt. Sie hatten abgesehen,
da die Partei einzutreten, obwohl der Vorsitzende den Vorschlag
gemacht haben soll, einen Teil der Beiträge für die Partei aus
der Lokalkasse zu tragen. Nun ruort es wieder in der Zahl-
stelle wegen dieser Angelegenheit. Das vergeht allerdings. Der
Vorsitzende ist ein gewitzter Kerl, der bei der nächsten Gelegenheit
das Gespenst der bösen „Christen“ heraufbeschwört — und alles
ist wieder gut! Der Mann kennt nämlich seine Pappenscheimer.
Unsere Kollegen sehen wieder einmal, wie not es auch hier ist, Aufklä-
rung zu schaffen. Wir treten mit den nächsten Wochen in die Früh-
lingsagitation ein. Wie im vergangenen Jahre, so muß es auch
jetzt bei einigem guten Willen der Kollegen im roten Offenbach
vorwärts gehen. Nun noch mehr Kollegen ihre Pflicht als im
vergangenen Jahre, so werden wir am Ende des Jahres wieder
auf die doppelte Mitgliederzahl zurückblicken können. Also auf
zur tätigen Mitarbeit. Kein christlich denkender Holzarbeiter darf
mehr im deutschen Holzarbeiter Verband verbleiben, der nichts
mehr und nichts weniger als eine Filiale der soz. Partei ist.

Stellmacher.

Frankfurt a. M. Unsere Gruppe hielt am 22. Februar eine
Versammlung ab, die zu dem Zwecke veranstaltet war, regeres
Leben in die Gruppe zu bringen. Kollege Schübler begrüßte
die Kollegen und legte ihnen dar, wie es gerade in Frankfurt
dringend notwendig sei, daß die Kollegen sich eng zusammen-
schließen und durch regelmäßige Versammlungen das Interesse
an Verband wachhalten. Der bessere Geschäftsgang, der vor
kurzer Zeit in der Autobranche am Orte einsetzte, erwidrigte,
daß eine Anzahl Kollegen hier Arbeit finden konnten, die früher
in anderen Gruppen tätig waren. Wenn diese Kollegen nun be-
reits ihre Erfahrungen und erworbenen Kenntnisse hier zu

verwerten und mit den allen Kollegen hier treu zusammen zu-
arbeiten, so wird unsere Gruppe gute Fortschritte machen. — In
den Gruppenvorstand wurden einstimmig gewählt die Kollegen
Neumeyer, 1. Vorsitzender; Kosmac, 2. Vorsitzender und
Bodinger, Schriftführer. Mit dem festen Versprechen, alles
zu tun was geeignet ist die Gruppe auf die Höhe zu bringen,
nahmen die Kollegen die Wahl an. Hoffen wir, daß die Arbeit
gute Erfolge für den Verband und für die Kollegen zeitigen wird.

Krankengeldzuschusskasse.

Verschiedene Anfragen geben Anlaß zu dem erneuten Hinweis,
daß während der Krankheit die Beiträge bezahlt werden müssen.
Besonders bei militärischen Dienstleistungen sind die Mitglieder von
den Beiträgen befreit. — Ferner wird erneut darauf hingewiesen,
daß Arzthonorare von der Kasse nicht übernommen werden.

Sterbetafel.

Conrad Fähnle, Ristenmacher, 39 Jahre alt, gestorben zu
Wurzach.
Carl Spanier, Schreiner, 53 Jahre alt, gest. zu Frankenthal.
Ruhet in Frieden!

Gewerkschaftliches.

Neues Leben.

Die ungünstige Lage des Arbeitsmarktes hat ihren Höhepunkt
überschritten. Der Beschäftigungsgrad im Holzgewerbe hebt sich
wieder. Die Bautätigkeit erfährt durch die günstigere Lage auf
dem Geldmarkt eine Belebung. Das alles erfüllt die Arbeiter-
schaft mit neuem Mut und mit neuem Willen, zur Stärkung
ihrer Organisation das Möglichste zu tun. Der Monat Februar
brachte infolgedessen auch unserem Zentralverbande christlicher
Holzarbeiter bereits einige ansehnliche agitatorische Gewinne. In
Eichtenfels konnte eine neue Zahlstelle gegründet werden, der
der sofort 120 Kollegen beitraten. Die Zahlstelle Lohne
gewann 20 in der Korndruckerei zu München i. D. beschäftigte
Kollegen. Die Quakenbrücker Kollegen bemühten sich um
die Gewinnung der in Löningen i. D. beschäftigten Bürsten-
macher. Ein Mitgliederzuwachs von 26 lockte diese Arbeit. Die
Zahlstelle Paderborn berichtet über einen Mitgliederzuwachs
von 23. In Bamberg, wo früher unter dem sozialdemokratischen
Druck Mitglieder unseres Verbandes sich kaum halten konnten,
ist die Mitgliederzahl von 100 längst überschritten. Der Februar
brachte wieder einen Mitgliederzuwachs von 12. Auch eine Anzahl
anderer Zahlstellen machten im Februar eine ansehnliche Zahl
von Neuaufnahmen. Dem steht freilich die Tatsache gegenüber,
daß es auch noch genug Zahlstellen gibt, die ihre Mitgliederzahl
vom Januar nicht zu behaupten mußten. Das Beispiel der Zahl-
stellen, die durch eifrige Verarbeitung gute Fortschritte erzielten,
wird hoffentlich im März und in den folgenden Monaten auf
der ganzen Linie wirken.

Unsere Gegner. Die Zahlstelle Bielefeld des soziald.
Holzarbeiterverbandes hat ein, wie die „Holzarbeiter-Zeitung“
schreibt, „interessantes Experiment“ versucht. Sie hat näm-
lich den „Grad der Intelligenz ihrer Mitglieder“ erprobt.
Um ein greifbares Resultat zu erzielen, wurden 554 Mit-
glieder über folgendes befragt:

- 1. Wie alt sind sie? — 2. Wie lange sind sie Mitglied des
Verbandes? — 3. Wann wurde der Deutsche Holzarbeiter-
Verband gegründet? — 4. Wo befindet sich der Zentralrat des
Deutschen Holzarbeiter-Verbandes? — 4b. Wo ist das Büro
in Bielefeld? — 5. In welchem Gau gehört die Zahlstelle
Bielefeld? — 6. In welchem Jahre und wo fand der letzte
Verbandsstag statt? — 7. In welchen Zeitabschnitten findet ein
ordentlicher Verbandsstag statt? — 8. Welches ist die höchste
Verbandsinstanz? — 9. Wie hoch ist der Verbandsbeitrag
ohne Lokalaufschlag? — 10. Wieviel Mitglieder (ungefähr) hat
der Deutsche Holzarbeiter-Verband jetzt? — 11. Welche Körper-
schaft steht an der Spitze der gesamten freien deutschen Gewerks-
chaft? — 12. Welche Gewerkschaft war bahnbrechend auf dem
Gebiete der Tarifbewegung?

Von den 554 so befragten Mitgliedern waren nur 80
intelligent genug, gar keine Antwort zu geben, eingedenk des
Sprichwortes: „Ein Narr kann mehr fragen, als zehn Weise
beantworten können“. Gar keine Antwort hielt dieses
Häuflein der Intelligenz im roten Holzarbeiterlager Bielefelds
auf die Fragerei für die beste Antwort. 27 Fragebogen
mußten nach Auffassung der Fragestellenden von Idioten aus-
gefüllt sein; die Antworten waren völlig unbrauchbar.
Es blieben somit 447 brauchbare Fragebogen übrig. Bei
deren Bearbeitung wurden die Fragen 1 und 2 unberück-
sichtigt gelassen. Von den anderen Fragen ist aber
(nach der Holzarbeiter-Zeitung Nr. 10) keine einzige von
allen Beteiligten richtig beantwortet worden.
Damit ist der Grad der Intelligenz der befragten Mitglieder
der Zahlstelle Bielefeld des soz. Holzarbeiterverbandes durch
den eignen Verband einwandfrei festgestellt. Aber nicht nur
die Intelligenz der Mitglieder wurde bei diesem „interessanten
Experiment“ offenbart: Es zeigte sich auch, daß der rote Ver-
band außer der „Nemölligkeit“, mit den Gaben des Müßig-
ganges, der Streifenmäße und des Größenwahns gesegnet
ist. Müßigkeit ist bekanntlich aller Laster Anfang. So auch
hier, wo er zum kompletten Größenwahn führte. Der Größen-
wahn ist allerdings auch verständlich angesichts der zu Lage
geförderten „Nemölligkeit“. Diejenigen Akteure, die vom
Größenwahn noch nicht angekränkt, das „Experiment“ mit-
machten, können nur auf Grund vorhandener Greifenmäße
(bei der bekanntlich die Leute kindisch werden) für die In-
telligenzuntersuchungen gewesen sein. — Die Zahlstelle Biele-
feld ist im roten Holzarbeiterverband hoch angesehen; es soll
eine der besten sein. Mit der „Intelligenz“ im sozialdemokr.
Holzarbeiterverband muß es demnach auf Grund der Biele-
felder Stichprobe geradezu jaummervoll bestellt sein. Kein
Wunder, daß der Kampf gegen die christliche Konkurrenz-

organisation im Lande von so vielen „Nütern mit gar trau-
riger Gestalt“ geführt wird, die nicht einmal ihren eigenen
Verband kennen, geschweige denn den Zentralverband christ-
licher Holzarbeiter.

Hannoverscher Gantag des soz. Holzarbeiter-Verbandes.
Auf dem Gantag des soz. Holzarbeiter-Ver-
bandes, abgehalten am 1. März in Hannover, beschäftigten
sich die Delegierten sehr ausgiebig auch mit den „Christlichen“,
trotzdem nach dem Geschäftsbericht des Gauvorstehers Volk-
mann die Mitgliederzunahme im Gau Hannover in den
beiden letzten Jahren nur minimal, die Zahl der Unorgani-
sierten aber noch recht groß ist. Um die Agitation im Gau
Hannover wirksamer zu gestalten, wurde ab 1. Januar 1914
ein zweiter Gauvorsteher in Hannover angestellt. Der im
Oberweser-Gebiet (Carlschafen) freigestellte „Genosse“ Beer-
mann wird am 1. April d. J. von seinem Posten zurückge-
zogen, da er nicht die gewünschten Erfolge aufzuweisen hat.
Der seines Postens enthobene Beermann beklagte sich auf
dem Gantag über die schlechten Verhältnisse an der Ober-
weser. Es sei dort „fast alles katholisch“, (was durchaus nicht zu-
trifft d. Red.) sodaß die Kollegen dem christlichen Verbände
mehr Sympathie entgegen brachten. Auch könne er ein Lied
von der „verwerflichen Agitation“ der Christen singen. Wer-
merkslich ist natürlich alles, was nicht der soz. Sache dient.
Der Vertreter des Hauptvorstandes, König-Berlin erklärt in-
bezug auf die Aufhebung des Postens in Carlschafen, daß
die dortigen Verhältnisse daran schuld seien; auch habe man
sich in der Verwaltung nicht verständigen können. Den Christ-
lichen ständen ganz andere Agitatoren zur Verfügung; Pfarrer,
Bürgermeister, Wirte usw. (Wo? d. Rd.) Vielleicht könne
dort in kurzer Zeit wieder mit der Agitation eingesetzt wer-
den. — Oster-Bielefeld meint, man möge tüchtige Kollegen
herausgreifen, die die Hausagitation betreiben sollten. Die Christ-
lichen wären ihnen in dieser Hinsicht voraus. Knieß-Quakenbrück
meldete die Neuigkeit, daß die Christlichen auch die Unternehmer
zu ihren Versammlungen einladen, genau wie die Selben. Zur
Beruhigung möge den übrigen „Genossen“ die Tatsache dienen,
daß das Kartell der christlichen Gewerkschaften in Quaken-
brück in einer am 18. Februar d. J. stattgefundenen öffent-
lichen Versammlung, zu der alle national gesinnten
Kreise eingeladen waren, die Stellung der christlich-nationalen
Arbeiter-Bewegung zu Staat und Gesellschaft klar gelegt hat.
Wenn auch einige Arbeitgeber an dieser Versammlung durch
ihre Erscheinen Interesse zeigten, so kann das nichts schaden.
Ein Antrag Bielefeld, wonach die Lokalverwaltungen ver-
pflichtet werden, dem Gauvorstand Kollegen im Vorschlag zu
bringen, die Befähigung für die Hausagitation besitzen, und
daß der Gauvorstand mit diesen Kollegen die Hausagitation
zu organisieren und nach eigenem Ermessen zu betreiben hat,
wurde angenommen. — Im Schlusswort bemerkte König,
der Aufruf des Vorstandes zur Unterstützung der Arbeitslosen
habe leider keinen großen Erfolg gehabt, obwohl viele Kol-
legen jahrelang an einer Stelle arbeiten und leicht etwas
beitrugen könnten.

„Dokumente eines Sterbenden“ betitelt sich eine Bro-
schüre, die der auf so tragische Weise aus dem Leben ge-
schiedene frühere Redakteur des soziald. Buchdruckerverbandes
Reyhäuser hinterlassen hat. Durch die Broschüre wird der
Verband der deutschen Buchdrucker vor aller Welt bloßgestellt.
Den Mitgliedern des Verbandes wird gezeigt, daß sie jahre-
lang getäuscht und hintergangen worden sind. Man hat
gegen seine eigene Uebergangung Dinge verteidigt, an die
man selbst nicht geglaubt, hat den Mitgliedern die Wahrheit
über bestimmte Dinge vorenthalten, hat die Verbandsführer
verhimmelt und die Führer des Gutenberg-Bundes mit Schmutz
bemworfen, um seine eigenen Sünden zu verdecken; man hat
die Mitglieder mit großen Fäulen über immerlich faule Ver-
hältnisse hinweggetäuscht, hat den Streik von 1891 verteidigt
und Gutenberg-Bündler wider besseres Wissen Streifbrecher
genannt, obwohl man von vornherein wußte, daß der Streik
verloren war und viele Verbandsmitglieder, ja, die ersten
Führer des Verbandes früher Streifbrecher waren; man hat
den Mitgliedern fortgesetzt vorgelogen, der „Typograph“ an-
zuworte nicht auf Angriffe, obwohl man sich selbst nicht zu
helfen wußte, mit „Schafzinn“ und nicht einem einzigen sich-
haltigen Argument gegen den Gutenberg-Bund operierte;
man hat gelehrt, Reyhäuser verfolgt zu haben, und nun
sagt er offen, daß dieses sein Ende hauptsächlich den Ver-
bandsführern zu schulden ist. — Dieses „letzte Wort an meine
Kollegen“, wie Reyhäuser die Schrift betitelt, wird mit dazu
beitragen, den christlich gesinnten, aber noch rot organisierten
Buchdruckern die Augen zu öffnen. Der Gutenberg-Bund
hat zur Unterstützung der Aufklärung ein Flugblatt heraus-
gegeben, das der weitesten Verbreitung in Buchdruckerkreisen
wert ist. Das Flugblatt ist von der Geschäftsstelle des
Gutenberg-Bundes, Berlin S. O. 16, Kaiser Franz Josef-
Grenadierplatz 14, gratis zu beziehen.

**Zentralverband der Nahrungs- und Genussmittelin-
dustrie- und Arbeiter Deutschlands.** Der Verband veröffentlicht
eben seinen Geschäftsbericht für das Jahr 1913. Darnach
ist die Mitgliederzahl dieser Organisation um 721 gestiegen
und betrug am Jahreschluß 3926. Die Zahl der Orts-
gruppen erhöhte sich von 52 auf 58. Der Fortschritt ist also
als ein sehr guter zu bezeichnen. Die Einnahmen betragen
einschließlich des Kassenbestandes vom Jahre 1912 87 679,34
Mark, denen 68 627,96 Mk. an Ausgaben gegenüberstehen,
sodaß ein Vermögen von 19 051,38 Mk. verbleibt. Von den
Ausgaben entfielen auf Lohnbewegungen und Streiks
20 169,87 Mk. und auf die übrigen Unterstüngen 8 502,55
Mark. Der Verband entsandte im vergangenen Jahre eine
rege Tätigkeit auf wirtschaftlichem Gebiete. An Reichs- und
Bundesrat wurde eine Petition gefandt, die die Sonntagruhe
für das Bäcker- und Konditorgewerbe fordert. Lohnbewe-
gungen wurden 21 geführt. Ende 1913 war der Verband
an 43 Tarifverträgen mit 2104 Mitgliedern beteiligt. Ins-
gesamt wurden im Jahre 1913 für 1124 Mitglieder 143 000
Mark an Lohnerhöhungen und für 434 Mitglieder 60 668
Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Jahr erreicht.

